

Mi 27.01.2016 | 08:05 | Hundert Sekunden Leben

Bürger fragen, Politiker antworten (oder auch nicht)

Es wird ja viel herumgehackt auf dem Internet. Nun möchte Renée Zucker aber nicht meckern, sondern loben - und zwar die Seite abgeordnetenwatch.de. Für direkte Demokratie und gegen falsche Besorgnis.

Nun wird es aber höchste Zeit, hier endlich mal die Seite "abgeordnetenwatch.de" zu loben, die in diesem Jahr ihren 10. Geburtstag feiern kann. Sie verkörpert direkte Demokratie im klassischen Sinn und ist einer der Gründe, warum das Netz auch richtig toll ist.

Ein Portal des gemeinnützigen Vereins "Parlamentwatch", unter der Schirmherrschaft von Jutta Limbach, der ehemaligen Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts, das sich für einen transparenten Kontakt zwischen Bürgern und Volksvertretern einsetzt.

DIE KOLUMNISTIN

Renée Zucker

Autorin, Kultur und Kolumne

So kann man über die Plattform seinen Abgeordneten in einigen Landesparlamenten, im Bundestag oder Europaparlament befragen und die Antworten sind ebenfalls zu lesen. Das ist naturgemäß nicht jedermanns Sache, weshalb im vergangenen Jahr 20% der Fragen auch nicht beantwortet wurden. Vielleicht empfinden die parlamentarischen Anhänger von Diskretion es einfach nicht als ihre Aufgabe, öffentlich

Bürgerfragen zu beantworten. Zu viel Wissen kann ja beunruhigen, wie wir jüngst von unserem Innenminister gelernt haben.

Der parlamentarischer Geschäftsführer der beiden christlichen Regierungsparteien, Grosse-Brömmer zeigte jedenfalls jüngst im ZDF eine ähnliche Fürsorge um das Wohl des Bürgers.

Nachdem "abgeordnetenwatch.de" gerichtlich durchsetzen konnte, dass Begegnungen zwischen Lobbyisten und Abgeordneten öffentlich einsehbar registriert sein müssen, warnte er besorgt, dass darunter auch der kleine Mann leiden könne. Da will der mal dem Abgeordneten sein Herz ausschütten und schon weiß es jeder. Kollegen seiner Fraktion äußerten ähnliche Bedenken. Fürwahr, ein echtes Problem. Wenn denn irgendjemand gefordert hätte, dass auch Besuche von Bürgern transparent gehandhabt werden sollen. Das war den Unionsmännern sicherlich entgangen beim Geheimniskrämern mit Lobbyisten...

Stand vom 27.01.2016